



Nachrichten



der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale)

Nr. 15/2003

Auflage: 500 Exemplare

Halle/S. 30.12.2003

Der Repräsentantenausschuss, der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale), der Landesrabbiner Benjamin D. Soussan und die Redaktion der *Nachrichten* wünschen allen Lesern ein freudreiches und glückliches bürgerliches Jahr 2004.



Am **27. Oktober 2003** fand die **23.** ordentliche Sitzung des Repräsentantenausschusses statt.

Es wurde einstimmig beschlossen, dass der Bericht des Repräsentantenausschusses und des Vorstandes zur Mitgliederversammlung als gemeinsames Bericht von dem Gemeindevorsitzenden, Max Privorozki, vorgelesen wird.

Es wurde ferner beschlossen eine Thorarolle für die Synagoge zu erwerben.

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2004 wurde zur Kenntnis genommen. Die endgültige Entscheidung bezüglich des Haushaltes 2004 wird später getroffen.

Es wurde einstimmig beschlossen, dass alle Mitarbeiter der Verwaltung und alle Vorstandsmitglieder wegen einer möglichen Verbindung zu MfS der ehemaligen DDR (Stasi) überprüft werden (s. Artikel aus der russischsprachigen Jüdischen Zeitung weiter in diesen *Nachrichten*).

Am **2. November 2003** sollte die **24.** außerordentliche Sitzung des Repräsentantenausschusses stattfinden. Der einzige TOP war der Inhalt des Berichtes des Repräsentantenausschusses zur Mitgliederversammlung. Diese Sitzung als auch die **Mitgliederversammlung** am **2. November 2003** fanden wegen des fehlenden Quorums nicht statt. Die Mitgliederversammlung wurde satzungsgemäß verschoben. Sie fand am **7. Dezember 2003** statt.

Die Mitgliederversammlung am **7. Dezember 2003** hat den Bericht des Repräsentantenausschusses und des Vorstandes sowie der Revisionskommission bis zum 30.09.2003 entgegengenommen. Entsprechend dem § 6 Abs. 1 (6) der Hauptsatzung wurde beschlossen, den Vorstand und den Repräsentantenausschuss für die o. g. Zeitperiode zu entlasten. Für diesen Beschluss stimmten 96% stimmberechtigten Gemeindeglieder, gegen – Niemand bei 4% Stimmenthaltungen.

Am **9. Dezember 2003** fand die **25.** ordentliche Sitzung des Repräsentantenausschusses statt.

Die Repräsentanten haben die Ergebnisse der Vollversammlung vom 7. Dezember 2003 analysiert. Es wurde satzungsgemäß die Entscheidung getroffen, für die Wahlen zum Repräsentantenausschuss der Gemeinde im Frühling 2004 einen Wahlausschuss zu bilden. Der Wahlausschuss besteht aus drei Personen. Als Vorsitzender des Wahlausschusses wurde Herr Dr. Manfred Worm genannt. Zwei Beisitzer sind die Gemeindeglieder, Frau Ganna Sagalovska und Frau Galina Vinokour.

Es wurden die Ergebnisse der 1. Preisverleihung des Emil-L.-Fackenheim Preises der Gemeinde für Toleranz und Verständigung abgesprochen. Der Repräsentantenausschuss hat die Absage von dem Preisträger, Herrn Dr. Bergner, mit großem Befremden zur Kenntnis genommen. Es wurde beantragt die Nominierung von Herrn Dr. Bergner abzuerkennen. Nach einer langen Diskussion wurde beschlossen, die endgültige Entscheidung diesbezüglich in einer späteren Sitzung des Repräsentantenausschusses zu treffen.

Es wurde der Artikel in der MZ vom 3. November 2003 bezüglich der Landesrechnungshofsprüfung in Halle besprochen. Herr Privorozki beantwortete die Fragen der Repräsentanten. Es wurde mit Bedauern festgestellt, dass die MZ in dieser Angelegenheit offensichtlich parteiische Haltung bezogen hat. Der Repräsentantenausschuss hat entschieden auf den Artikel nicht zu reagieren, da sein Niveau zu niedrig ist.



Es wurde zur Aussage des Staatssekretärs im Kultusministerium des Landes gegenüber MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt vom 30.11.2003 Stellung genommen. Die verabschiedete Resolution wurde in dieser Ausgabe der *Nachrichten* gedruckt.

Magdeburg/Halle/dpa.

Der Streit zwischen dem Land und der Jüdischen Gemeinde in Halle spitzt sich weiter zu. Sachsen-Anhalts Kultusstaatssekretär Winfried Willems sagte MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt am Sonntag, dass der Gemeindevorsteher Max Privorozki eine «Schwerstbelastung» für die Gemeinde und für die Verständigung des Landes mit der Gemeinde sei. «Privorozki tut alles, um Kontakte zwischen mir und der Gemeinde zu verhindern», sagte Willems. Der Landesregierung sei daran gelegen, jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt weiter zu entwickeln. Genauso energisch werde sie aber Fehlverhalten aufdecken.

Hintergrund der Querelen sind Vorwürfe des Landesrechnungshofes gegen die Jüdische Gemeinde in Halle. In einem Bericht ist unter anderem von falsch abgerechneten Dienstfahrten und Bewirtungskosten sowie Mängeln beim Kassenwesen die Rede. Privorozki wies diese Vorwürfe erneut zurück. Die Gemeinde bereite eine Klage gegen den Landesrechnungshof vor, sagte Privorozki MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt.

Die Resolution des Repräsentantenausschusses der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) vom 9. Dezember 2003

Auf seiner ordentlichen Sitzung am 09.12.2003 hat der Repräsentantenausschuss (das Gemeindeparlament) eine Resolution verabschiedet, die die Aussage des Staatssekretärs des Landeskultusministeriums, Herrn Willems, gegenüber MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt am 30.11.2003, tadelt.

Die überwiegende Mehrheit von Parlamentariern hat die Erklärung von Herrn Willems als eine Einmischung in innere Angelegenheiten der autonomen jüdischen Gemeinde, als einen Versuch, die Öffentlichkeit durch die Massenmedien falsch zu informieren und als eine Beleidigung der Jüdischen Gemeinde durch eine Verunglimpfung eines ihrer legitimen Vertreter bewertet.

Nur die stimmberechtigten Gemeindeglieder sind befugt zu entscheiden, wer die „Schwerstbelastung“ für die Gemeinde sein sollte! Die Mitgliedervollversammlung am 07.12.2003 hat mit einer 96 % Mehrheit der Mitglieder bei 4 % Stimmenthaltungen und keiner Gegenstimme die Arbeit des Vorstandes positiv befürwortet und den Vorstand entlastet.

Die Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale) hat das Recht, vom Kultusministerium eine Entschuldigung für solche Äußerung seines Vertreters zu erwarten.

V. Chifrine

Der Sekretär des Repräsentantenausschusses

(diese Resolution wurde an dpa, an MDR und an die Jüdische Allgemeine Wochenzeitung abgeschickt)

Es wurden diverse Fragen des Finanz- und Wirtschaftslebens der Gemeinde verhandelt. Die Repräsentanten wurden über den bestehenden Problemen im Landesverband und in der Synagogengemeinde zu Magdeburg informiert.

Es wurde beschlossen, da die Jüdische Gemeinde ein Teil der Stadt ist, zum Aufruf bezüglich der Mittelsammlung für die Sanierung der Marktkirche zum Jahr der 1200-jährigen Gründung der Stadt Halle an der Saale eine Spende in Höhe von 700,- Euro (ein Euro für jeden Gemeindeglied) zu geben.

Am **17. Dezember 2003** fand die **26.** außerordentliche Sitzung des Repräsentantenausschusses statt. Es wurde beschlossen, dass die Wahlen zum Repräsentantenausschuss der Gemeinde am 14. März 2004 stattfinden werden. Es wurde auch beschlossen, dass die Beantragungskosten eines polizeilichen Führungszeugnisses und einer

Meldebescheinigung für die zugelassenen Kandidaten von der Gemeinde übernommen werden.



Die Langzeitminen (aus der russischsprachigen Jüdischen Zeitung, Dezemberausgabe 2003)

Die Initiative des Landesverbandes Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt kann viele Überraschungen bringen.

Die DDR-Zeiten gehören längst zur Geschichte. Und mit der DDR verschwanden in der Vergangenheit die lauten Skandale über die Tätigkeit des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit – Stasi. Frau Marianne Birthler, die Bundesbeauftragte für Stasi-Akten nach dem Stasiunterlagengesetz, meinte, dass ca. 5 Millionen Anträge zur Einsichtnahme in die Akten bei der Behörde gestellt worden sind. Hunderttausende von Menschen haben die Unterlagen des damals allmächtigen Amtes kennen gelernt. Es scheint, dass das Thema abgeschlossen ist. Dutzende tausend ehemalige inoffizielle Mitarbeiter der Stasi sind bekannt geworden. Aber wieder und wieder – das Erbe der Vergangenheit lässt uns nicht in Ruhe. Die DDR-Langzeitminen der „Ostdeutschen KGB“ explodieren erneut, sogar im vereinigten Deutschland.

Das letzte Beispiel ist der Skandal des Vereins „Leipzig-2012“. Dem Vereinsleiter Dirk Terichen wurde gekündigt. Der Lobby-Verein für die Olympischen Spiele in Leipzig 2012 wurde von einem Mann geleitet, der in den 80er Jahren als IM für die Stasi tätig war. Nach diesem Skandal haben die Landesregierungen entschieden, alle seine Bediensteten einer Stasiüberprüfung zu unterziehen.

Diese Initiative wurde vom Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt unterstützt. Als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die einen Staatsvertrag mit dem Land hat, hat der Landesverband bestimmt Interesse daran, dass die Steuerzahler sich überzeugen können, dass ihre Gelder auch in der jüdischen Religionsgemeinschaft nicht für die Gehaltszahlung an ehemalige Stasi-Leute verschwendet werden.

Der Landesverband möchte nicht nur die Angestellten des Verbandes und alle drei Gemeinden überprüfen, sondern auch alle Vorstandsmitglieder, Einheimische wie auch Zuwanderer. Der Vorsitzende des Landesverbandes Evsej Blumenkranz sagte, dass die entsprechenden Anfragen baldmöglichst gestellt werden.

Weder der Landesverband noch die Gemeinden wissen, was man tun wird, wenn die Ergebnisse der Prüfung positiv ausfallen. Nach Meinung des Vorsitzenden der Gemeinde in Halle Max Privorozki, „haben solche Leute kein moralisches Recht, in einer jüdischen Organisation zu arbeiten.“

Eine solche Prüfung sollten alle Religionsgemeinschaften durchführen, meint Privorozki. Der Landesverband schlägt allen jüdischen Organisationen vor, auch dem Zentralrat der Juden in Deutschland, diese Initiative zu unterstützen. Man darf nicht vergessen, dass es beim Zentralrat schon in der Vergangenheit zur Auseinandersetzung bezüglich dieses Problems gekommen war.

Am 12. Januar 1998 hat „Focus“ einen Artikel publiziert. Darin wurde dem Angestellten des Zentralrates Peter Fischer, der damals die Gemeinde in Halle kommissarisch leitete, vorgeworfen, dass er für die Stasi tätig war. „Focus“ hat auf Hinweis des bekannten jüdischen Historikers Michael Wolffsohn mitgeteilt, dass Fischer als IM Frank von 1987 bis Ende 1989 für das MfS tätig war. Gleichzeitig war er der verantwortliche Mitarbeiter der ostdeutschen jüdischen Vereinigung und hat die Informationen über ihre Tätigkeit an die Stasi weitergeleitet. Nach der Wende wurde die Vereinigung vom Zentralrat der Juden in Deutschland übernommen. Peter Fischer wurde auch als Angestellter vom Zentralrat übernommen. Er ist z. Z., nicht ohne Gründe, der „größte Fachmann für die Ostländer.“ Deswegen hat ihn der damalige Präsident des Zentralrates Ignatz Bubis nach Halle als „Friedensstifter“ geschickt. Fischer warnte ausdrücklich vor einer falschen Interpretierung.

Die Publikation in „Focus“ hat auch im Europaparlament Wellen verursacht. Die MZ berichtete, dass der Europaparlamentsabgeordnete Peter Sichrovski aus Österreich den Zentralrat aufforderte, sich von solchen Funktionären zu trennen. Sichrovski, der Mitglied der Jüdischen Gemeinde in Wien ist, kritisierte auch Bubis für seine Haltung in dieser Angelegenheit.

Der Präsident des Zentralrates jedoch hat damals den Skandal geschlichtet, indem er Fischer in Schutz nahm, weil „Fischer keine persönliche Schuld auf sich geladen hat.“ Peter Fischer bleibt weiterhin Mitarbeiter beim Zentralrat der Juden.

Es bleibt die Frage, ob der Zentralrat dieses Vorgehen des Landesverbandes aus Sachsen-Anhalt unterstützen wird. Man kann unterschiedliche Meinungen über den ehemaligen Vizepräsidenten des Zentralrates, Michael Friedman, haben. Unumstritten ist, dass er über sehr viel bürgerlichen Mut verfügte. Es ist unwichtig, was ihn zu dieser Entscheidung bewegte. Wichtig ist, dass er diese Entscheidung getroffen hat.

Gibt es im heutigen Zentralrat mutige Menschen, die diesem Beispiel seines ehemaligen Vizepräsidenten folgen können?

Viktor Frank

Information des Wahlausschusses

Am 17. Dezember 2003 fand die 1. Sitzung des Wahlausschusses statt. Die Wahlmitteilung des Ausschusses sieht so aus:

Sehr geehrte Gemeindemitglieder,
der Wahlausschuss der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale), K. d. ö. R. besteht aufgrund des Beschlusses der 25. Sitzung des Repräsentantenausschusses vom 9. Dezember 2003 aus dem Wahlleiter Dr. Manfred Worm und aus den stimmberechtigten Gemeindemitgliedern Frau Ganna Sagalovska und Frau Galina Vinokour.

Der Wahlausschuss hat dem Repräsentantenausschuss den 14.03.2004 als Wahltermin vorgeschlagen, den auch der Repräsentantenausschuss in seiner 26. außerordentlichen Sitzung am 17. Dezember 2003 bestätigt hat. Das Wahllokal befindet sich am 14. März 2004 im Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale), Große Märkerstr. 13, 06108 Halle. Das Wahllokal ist an diesem Tage zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr geöffnet. Der Wahlausschuss weist ausdrücklich darauf hin, dass die Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals nach § 26 Abs. 9 der Wahlordnung nur nach rechtzeitiger Beantragung möglich ist.

Der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge läuft am 02.01.2004 ab. Wahlvorschläge sind innerhalb dieser Frist in der Gemeindeverwaltung der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) abzugeben. Ein Wahlkandidat hat seinen Wahlvorschlag von mindestens 10 wahlberechtigten Gemeindemitgliedern durch Unterschrift bestätigen zu lassen, dieser Wahlvorschlag muss Namen, Vornamen, Anschrift, Geburtsdatum des Kandidaten und der Unterstützenden enthalten. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein Wahlvorschlag nur dann als wirksam vorgelegt gilt, wenn diesem das schriftliche Einverständnis der vorgeschlagenen Person mit der Kandidatur beigelegt ist. Entsprechende Formulare sind in der Gemeindeverwaltung erhältlich.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die gültige Fassung der Wahlordnung vom 11.11.2001 während der gewöhnlichen Geschäftszeiten in der Gemeindeverwaltung eingesehen werden kann.

Am 29. Februar 2004 findet die Wahlversammlung statt.

Am 9. März 2004 wird im Gebäude der Verwaltung die Liste von stimmberechtigten Gemeindemitgliedern ausgehängt. Am 11. März wird diese Liste endgültig geschlossen.



Mitteilungen

- Die Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale) organisiert eine Datenbank für die E-Mail Adressen von Gemeindemitgliedern. Es wird ausdrücklich gebeten die vorhandenen Adressen der Gemeindeverwaltung mitzuteilen.

- In der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) sind die Fragebögen des Holocaust-Museums aus Washington, D. C. eingetroffen. Das Museum bittet die Gemeindemitglieder, die Fragebögen auszufüllen und nach Washington zurückzuschicken. Die Fragebögen in russischer Sprache sind in der Gemeinde erhältlich.

- Nach einer Initiative der Gemeinde wird das jüdische Theater aus Rostock am 1. Februar 2004 im Neuen Theater zwei Theaterstücke vorstellen. Die erste Performance ist für Kinder und Jugendliche und heißt „Jüdische Schneider der Prinzessin Schadim“. Das zweite Theaterstück heißt „Dreck mit Pfeffer“. Mit diesem Drama ist es dem Kollektiv aus Rostock gelungen, den zweiten Platz im weltweiten Wettbewerb von jüdischen Theatergruppen in Moskau zu besetzen.

- Bei Änderungen von Adressen, Telefonnummern usw. bittet die Gemeindeleitung die Gemeindemitglieder ausdrücklich um Mitteilung. Die Gemeinde möchte diesbezüglich immer auf dem neusten Stand sein.

- Es wird an die Todesjahreszeiten der näheren Verwandten erinnert. Die Gemeinde möchte ihre Mitglieder an die Jahreszeiten nach dem jüdischen Kalender mahnen. Dafür braucht man diese Information in der Gemeindeverwaltung.

- Die ZWST organisiert in Chemnitz vom 16.01.2004 bis 18.01.2004 ein Seminar für 25- bis 45-jährige Mitglieder. Der Selbstkostenbeitrag ist 50 Euro. Die Gemeinde übernimmt davon die Hälfte. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Der Anmeldeschluss ist am 07.01.2004.

Rede des Gemeindevorsitzenden, Hr. Max Privorozki am 09.11.2003 anlässlich des 65. Jahrestages der Reichskristallnacht

In der Nacht vom 9. auf den 10. November des Jahres 1938, die später „die Kristallnacht“ genannt wird, hatte ein gesamtdeutsches Judenpogrom begonnen, das zu einer eigenartigen Probe des Holocausts wurde. Diese Nacht und die darauf folgenden Tage zeigten der ganzen Welt, dass die Nationalsozialisten bei der Verfolgung des jüdischen Volkes vor nichts halt machen. Jüdische Geschäfte wurden geplündert und vernichtet am helllichten Tage. Synagogen brannten in ganz Deutschland. Viele jüdische Männer verschwanden – nicht bekannt, wohin, aber es war unschwer, es zu erraten. Und dennoch war kaum eine Stimme des Protestes der Bürger Deutschlands zu vernehmen.

Der Dekan der Berliner St.-Hedwigs-kathedrale, Berengard Lichtenberg, ging am Tage nach der Kristallnacht durch die Straßen seiner Stadt, sah alles und machte eine einfache Sache: er kehrte in seine Kirche zurück und betete öffentlich „für die Juden und alle unglücklichen Gefangenen der Konzentrationslager“. Und er wiederholte dieses öffentliche Gebet jeden Tag bis zum 23. Oktober 1941, an dem er verhaftet wurde. Bei der Gerichtsverhandlung, die am 22. Mai 1942 stattgefunden hatte, wurde Lichtenberg in mehreren Paragraphen des Gesetzes für schuldig erklärt. Jede Nachsicht wurde ihm deshalb verweigert, weil er während der sechs Monate in Haft „keinerlei Anzeichen von Reue oder Änderung der Ansichten zeigte“. In seinem letzten Wort sagte er: „Herr Ankläger! Mich interessiert gar nicht die Vielzahl an Paragraphen, die Sie mir vorgelesen haben. Lediglich Ihre Bemerkung darüber, dass ich mich nicht verändert habe und wieder reden und wirken würde, wie vorher – das, Herr Ankläger, ist vollkommen richtig.“

Als der Gerichtsvorsitzende fragte, wie er denn dazu kam, für die Juden zu beten, sagte Lichtenberg folgendes: „Auf diese Frage kann ich ganz genau antworten. Es geschah im November 1938. Als die Schaufenster zerschlagen und die Synagogen verbrannt wurden und die Polizei nicht eingeschritten war... Ich war bestürzt und empört über jenen Vandalismus und fragte mich selbst, ob denn all dieses in einem ordentlichen Staat möglich sein kann und was denn helfen könnte. Und ich habe begriffen, dass jetzt nur eins helfen kann – das Gebet. An jenem Abend betete ich das erste Mal mit diesen Worten: lasst uns nun für die Verfolgten beten – für Christen, Nichtarier und für die Juden.“

Vom Gefängnis wurde Lichtenberg nach Dachau geschickt und starb unterwegs dorthin. Nach der Beerdigung sagte einer seiner Mithäftlinge: „Heute haben sie einen Heiligen beerdigt.“

Das Gebet von Berengard Lichtenberg war eine „Stimme des Rufenden in der Wüste“. Die christlichen Kirchen haben während der nazistischen Willkürherrschaft geschwiegen. Der römische Papst in der relativen Sicherheit des Vatikans hat nicht ein einziges Mal das getan, was dieser Priester jeden Tag getan hat – im Verlauf von beinahe drei Jahren öffentlich und unzweideutig für die Juden zu beten. Er hatte riskiert und bezahlte letztendlich mit seinem Leben.

Es wurden und werden immer noch zahllose Rechtfertigungen und Erklärungen abgegeben, warum die christlichen Kirchen während der Katastrophe des jüdischen Volkes geschwiegen haben. Einige Argumente kann man verstehen. Aber mit keiner praktischen Begründung kann man die einfache Behauptung abstreiten, dass, wenn die Christen – Katholiken und Protestanten – im von den Nazis okkupierten Europa und hinter ihren Grenzen inniger für Verfolgte und Gefolterte gebetet hätten, ihre Gebete zu einem raschen Scheitern des Naziregimes geführt hätten.

Nach dem Krieg, während der „Berliner Krise“, als die Welt tatsächlich vor der Gefahr des dritten Weltkrieges stand, sagte der Präsident der

USA, John Kennedy, an die Adresse der sowjetischen Führung: „Ich bin ein Berliner!“ – und der Frieden blieb erhalten. Wäre der römische Papst 1933 nach Berlin gekommen und hätte er gesagt: „Ich bin ein Jude!“, hätten Millionen von Menschenleben gerettet werden können.

Die entsetzliche Katastrophe des jüdischen Volkes versetzte nicht nur den jüdisch-christlichen Beziehungen einen tiefen Schlag. Der Holocaust verursachte selbst dem Christentum ein Trauma, indem er die theologischen Grundprinzipien dieser Glaubenslehre angegriffen hatte. In den letzten Jahren haben dies katholische und evangelische Theologen offen angesprochen. Aber dieses Problem erregt nicht nur die Christen.

Emil Ludwig Fackenheim schrieb in seinem Buch „Christentum nach dem Holocaust“: „Der Holocaust versetzte der christlichen Frohen Botschaft einen Schlag. Es ist unmöglich, nicht zu erzittern, wenn man diesen ungeheuerlichen Fakt verarbeitet. Um zu schauern, muss man nicht zwingend ein Christ sein. Man kann auch ein Jude sein. Und wenn du auch nur einen wirklichen Freund – einen Christen – einen wirklichen Freund und einen wirklichen Christen hattest – kannst du einfach unmöglich gleichgültig sein.“ Fackenheim selbst, der den faschistischen Wahnsinn überlebte, hatte einen solchen Freund. Und als ein Nazigesetz erklärte, dass eine Freundschaft mit Juden für einen Arier ein Vergehen sei, blieb dieser Christ – im Gegensatz zu der Mehrheit anderer – sein Freund und riskierte sein eigenes Leben für seine Rettung. Dabei, schreibt Fackenheim, „fühlte sein Freund, dass ihn der Heilige Geist führt und sein Handeln lenkt ... Und nun – als Jude – muss ich fragen: kann denn dieses Gefühl eine einfache Täuschung und Irrtum sein?“

Der Genozid an Juden rief, wenn auch mit großer Verspätung, bei vielen Christen eine Krise des Vertrauens in die Grundlagen des eigenen Glaubens hervor. Hätte aber diese Krise überhaupt nicht begonnen, wäre das abendländische Christentum, dem sowjetischen Kommunismus ähnlich, eine tote Ideologie. Die kritische Verarbeitung des Holocaust durch die Christen begann erst nach einigen Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Noch im Jahre 1968 sagte Rabbiner Emil Fackenheim mit völligem Recht: „Die nichtjüdische Welt läuft vom Thema Auschwitz weg aus Entsetzen davor, aber auch deshalb, weil dieses Thema die Schuld – reale oder scheinbare – für das Geschehene meint.“

Die Unvermeidlichkeit einer Wende im christlichen Denken drückte sehr genau im Jahre 1979 der deutsche lutherische Theologe Friedrich Wilhelm Marquardt aus: „Heute rückt Auschwitz an uns heran wie ein Gericht über unser Christentum, über die vergangene und heutige Form unseres christlichen Daseins. Mehr noch – sieht man mit den Augen der Opfer von Auschwitz, rückt es an uns heran wie ein Gericht über das Christentum selbst. Und noch: Auschwitz rückt an uns heran wie ein Aufruf zur Buße und Umkehr. Nicht nur unser Leben muss sich verändern sondern unser Glaube selbst. Auschwitz ruft dazu auf, dass wir das Wort G'ttes heute ganz und gar nicht so hören sollten, wie es uns unsere Theologielehrer und Prediger früherer Generationen vermittelten. Diese Buße und Umkehr, wie wir sie bisher verstanden haben, berührt das Wesen des Christentums.“

Die katholische und die lutherische Kirche haben einen großen Schritt bei dem Überdenken der alten Dogmen getan. Die Römisch-katholische Kirche erklärte den Antisemitismus zu einer der größten Sünden. Ein solcher Beschluss wurde während eines im Vatikan am Ende des letzten Jahrhunderts stattgefundenen Symposiums „Die Wurzeln des Antijudaismus in der christlichen Gesellschaft“ gefasst. Der Oberrabbiner von Rom, Elio Toaff, nannte dieses Ereignis einen historischen Schritt, der „eine riesige Rolle im christlich-jüdischen Dialog“ spielen werde.

Die Kirche forderte ihre Anhänger nicht nur dazu auf, auf keinen Veranstaltungen, die einen antisemitischen Charakter tragen, teilzunehmen sondern auch dazu, allorts jegliche Erscheinungen solcher Ereignisse zu verfolgen. Die Vertreter der Katholischen Kirche sind geneigt, die Verfolgung der Juden zu bewerten als „Vergehen gegen die Kirche, abgesehen davon, dass die Gläubigen des Öfteren das Neue Testament falsch auslegten und die Juden des Todes Christi beschuldigten“. Papst Johannes Paul II. nannte in vielen seiner Ansprachen den Antisemitismus „Sünde gegen G'tt, die Kirche und die Menschheit. Das Christentum und der Antisemitismus sind unvereinbar.“

Die grausamen Spuren der Vergangenheit sind noch tief und bilden heute oft noch einen unsichtbaren Graben zwischen Religion und Nationalität. Unsere Aufgabe heute ist es, für eine dauerhafte Versöhnung und gegenseitige Annahme der Menschen unterschiedlicher Zugehörigkeit zu sorgen. Aus dem historischen Verständnis heraus soll ein konstruktives Miteinander im Gespräch und Tat entstehen. Das wäre sicherlich der Wunsch des kürzlich verstorbenen Rabbiners Fackenheim, sein Andenken sei uns zum Segen, gewesen. Und eine angstfreie, tolerante Zukunft sind wir nicht nur den Opfern der Shoah sondern auch unseren Kindern schuldig.

Mitgliedsbeiträge

Wie immer möchten wir daran erinnern, dass die Mitgliedsbeiträge dienstags in der Gemeinde entrichtet werden können. Wir machen darauf aufmerksam, dass an anderen Tagen die Bareinzahlung nicht möglich ist. Überweisen Sie am besten das Geld auf

**das Gemeindep konto 654 20 26
bei der HypoVereinsbank Halle,
BLZ 800 200 86.

Kinder- und Jugendabteilung

Die 1. Kleinste Gruppe (3 – 4 Jahre)

sonntags 10.00 – 11.00

Die 2. Kleinste Gruppe (5 – 8 Jahre)

donnerstags 16.00 – 17.00

sonntags 11.00 – 12.00

Die Mittlere Gruppe (9 – 13 Jahre)

donnerstags 17.00 – 17.45 (Singen)

donnerstags 17.45 – 18.30 (Tradition und Kultur)

sonntags 10.00 – 11.00 (Malen)

sonntags 12.00 – 13.00 (Singen)

sonntags 13.00 – 14.00 (Das Jüdische Haus)

sonntags 14.00 – 15.00 (Tanzen, Spielen)

Die Jugendgruppe (14 – 20 Jahre)

dienstags 15.30 – 17.00 (Religion)

dienstags 17.00 – 18.00 (Vorbereitung zu
Veranstaltungen)

sonntags 12.00 – 13.00 (Iwrit)

sonntags 13.00 – 14.00 (Tradition, Religion)

sonntags 14.00 – 15.00 (Spielen, Disput)

Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass unabhängig von den o. g. Lehrstunden täglich, außer freitags und sonnabends, Kinder einfach zu uns kommen können, um zu spielen, zu malen oder zu lesen. Seien Sie herzlich willkommen im „Jüdischen Haus“!

Informieren Sie sich in der Gemeinde.

Thoraesungen

03.01.2004	Wajigasch, 1.B.M. 44, 18-47, 27
04.01.2004	Asara Betewet, Morgens: 2.B.M. 32, 11-14, 34, 1-10 Abends: 2.B.M. 32, 11-14, 34, 1-10
10.01.2004	Wajechi, 1.B.M. 47, 28-Ende
17.01.2004	Schemot, 2.B.M. 1, 1-6, 1
24.01.2004	Waera, 2.B.M. 6, 2-9, 35 Rosch Chodesch, 4.B.M. 28, 9-15
31.01.2004	Bo, 2.B.M. 10, 1-13, 16
07.02.2004	Beschalach, Schabbat Schira, 2.B.M. 13, 17-17, 16
14.02.2004	Jitro, 2.B.M. 18, 1-20, 23
21.02.2004	Mischpatim, 2.B.M. 21, 1-24, 18 Shekalim, 2.B.M. 30, 11-16
22.02.2004	Rosch Chodesch, 4.B.M. 28, 1-15
23.02.2004	Rosch Chodesch, 4.B.M. 28, 1-15
28.02.2004	Terumah, 2.B.M. 25, 1-27, 19
04.03.2004	Fasten Esther, Morgens: 2.B.M. 32, 11-14, 34, 1-10 Abends: 2.B.M. 32, 11-14, 34, 1-10
06.03.2004	Tetsavveh, 2.B.M. 27, 20-30, 10 Za'hor, 5.B.M. 25, 17-19
07.03.2004	Purim, 2.B.M. 17, 8-16
13.03.2004	Ki Tisa, 2.B.M. 30, 11-34, 35

20.03.2004	Parah, 4.B.M. 19, 1-22 Wajakehel, 2.B.M. 35, 1-38, 20 Pekude, 2.B.M. 38, 21-Ende Hahodesch, 2.B.M. 12, 1-20
23.03.2004	Rosch Chodesch, 4.B.M. 28, 1-15
27.03.2004	Wajikra, 3.B.M. 1, 1-5, 26

Schabatot in Halle

<u>Datum</u>	<u>Kerzenzündung</u>	<u>Schabatausgang</u>
02.01.2004	15:56	17:00
09.01.2004	16:05	17:09
16.01.2004	16:15	17:20
23.01.2004	16:27	17:32
30.01.2004	16:39	17:44
06.02.2004	16:52	17:57
13.02.2004	17:05	18:09
20.02.2004	17:17	18:22
27.02.2004	17:30	18:35
05.03.2004	17:42	18:47
12.03.2004	17:54	18:59
19.03.2004	18:06	19:11
26.03.2004	18:18	19:23

Bar- und Bat-Mizwa-Feier

Alle Eltern von Jungen, die 12 Jahre und von Mädchen, die 11 Jahre alt sind, haben die Möglichkeit, die Feier der Bar- oder Bat-Mizwa vorzubereiten.

Die Jungen und Mädchen können ab sofort am Unterricht zur Vorbereitung teilnehmen, damit ihr Fest am Schabbat nach ihrem 13. – bei Jungen - oder 12. - bei Mädchen - Geburtstag nach dem jüdischen Kalender stattfinden kann. Bei Jugendlichen, die bereits älter sind, kann bei Interesse das Fest nachträglich gefeiert werden. Der Unterricht wird immer am Sonntag in der Gemeinde sein. Alle Anfragen sind beim Kinder- und Jugendreferat willkommen.

Sprechstunden der Sozialabteilung:

dienstags	9.00 – 16.00 Uhr
mittwochs	9.00 – 16.00 Uhr

Bibliothek

montags	12.00 – 15.00 Uhr
am ersten Montag des Monats - geschlossen	
dienstags	11.00 – 14.00 Uhr
mittwochs	11.00 – 14.00 Uhr
donnerstags	13.30 – 16.30 Uhr

Zuschriften von Gemeindegliedern und weiteren Lesern an die Redaktion sind ausdrücklich erwünscht, und zwar in deutscher oder russischer Sprache. Dabei behält sich die Redaktion das Recht auf eine inhaltsgetreue Bearbeitung vor Veröffentlichung der Lesermeinung vor.

Anonyme Zuschriften und Stellungnahmen für oder gegen Personen werden nicht veröffentlicht.

Kontakttelefone:

0345 / 2 33 11 0	(Zentrale)
0345 / 2 33 11 38	(Sozialabteilung)
0345 / 2 33 11 28	(Kinder- und Jugendabteilung)
0345 / 2 33 11 24	(Hilfe für Senioren)
0345 / 2 33 11 22	(Fax)
Email:	JGHalle@gmx.net

Verantwortlicher Redakteur: V. Chifrine

Redaktion: Z. Karpilowskaja, M. Rychla, M. Privorozki

Herausgeber: Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale) K. d. ö. R., Große Märkerstr. 13 06108 Halle/S.